Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Österreich

«Unhaltbarer Zustand»

Der Milizbeauftrage des Österreichischen Bundesheers, Generalmajor Erwin Hameseder, zeichnet ein schlechtes Bild vom Zustand der Streitkräfte. Er erwartet, dass die Ausrüstung der Miliz oberste Priorität hat. Sie sei, so der General, nämlich aktuell gar nicht einsatzfähig. Es fehlt an persönlicher Ausrüstung und genügend Fahrzeugen. Hameseder betont: «Der Milizsoldat ist ein Einsatzsoldat. Wenn dieser mangels Geldes seine Bestimmung nicht erfüllen kann, erübrigt sich die Sinn- und Zweckfrage». Insgesamt geht es dabei um 29 000 Milizangehörige und 200 Millionen Euro. Mit diesem Geld könnten wenigstens ein Drittel dieser Soldaten vernünftig ausgerüstet, aber vor allem bewegt werden, meint Hameseder und fügt an: «Die Miliz ist de facto nicht mobil». Auch wenn die Regierung und kürzlich bei seiner Neujahrsansprache Präsident Van der Bellen nicht müde werden, den Investitionsbedarf zu unterstreichen und Budgeterhöhungen ankündigen, könne man der im Regierungsprogramm festgehaltenen «sofortigen Einsatzbereitschaft der Miliz» nicht nachkommen. Nur mit einem eigenen Investitionspaket, respektive einem Sonderinvestment, kann der Auftrag an das Bundesheer umgesetzt werden, so der Milizbeauftragte. Als Beispiel wird der Fall der zehn niederösterreichischen Jägerbataillone genannt, bei welchem anlässlich einer Mobilmachung gerade deren zwei komplett ausgerüstet werden könnten. Derweil will Van der Bellen den «verfassungskonformen Zustand des Bundesheeres wiederherstellen», wenn es zu den Budgetverhandlungen für 2019 kommt. Für den Präsidenten hat die Milizausrüstung «oberste Priorität». Nur, bei knapp 2,3 Milliarden Euro für 2019 wird aus den Ambitionen nichts. Das sei, so Hameseder, einfach kein haltbarer Zustand. Das weiss auch Verteidigungsminister Mario Kunasek und kündigt an, 1% des BIP für sein Bundesheer verlangen zu wollen. Das wären dann 3,8 Milliarden Euro und entspräche etwa dem aktuellen Bedarf. Nur, bis 2025 müssten weitere 5 Milliarden Euro für nicht realisierte, aber strukturrelevante Rüstungsvorhaben bereitgestellt werden. Zudem werden in etwa fünf Jahren die veralteten schweren Waffensysteme ersatzwürdig. Nicht eingerechnet die mögliche Ablösung der Eurofighter und Saab 105 Flotte, für den Fall, dass der Ende 2018 aufgeschobene Entscheid zur Erneuerung der Luftraumüberwachung nicht mit einer grundlegenden Nachrüstung der Typhoons endet. Kasernen sind in einem grösstenteils mangelhaften und besorgniserregenden Zustand, oft sogar noch ohne Internetanschluss. Da hilft es auch nur wenig, wenn wie unlängst entschieden, ausserordentlich und für etwa 300 Millionen Euro, drei Blackhawk und zwölf noch zu bestimmende Transporthelikopter (als Nachfolge für die Alouette 3 Flotte) beschafft werden. Immerhin, Kunasek hält, wie er bei einem Truppenbesuch auf dem Balkan erklärte, an den Auslandeinsätzen seiner derzeit etwa 1000 Soldaten fest.

Bundesheer im Einsatz fürs WEF 2019. Bild: Bundesheer/Miller

Deutschland

Bundeswehr, Jahresbericht 2018

Nicht überraschend beschreibt der Jahresbericht 2018 des deutschen Wehrbeauftragten, Hans-Peter Bartels, den katastrophalen Zustand der Streitkräfte.

«Das System der Mangelbewirtschaftung besteht in allen Bereichen fort», hält er fest. Ausrüstungsengpässe, mehr als 21 000 unbesetzte Stellen, kaum verfügbare Kampfpanzer, überteuerte Modernisierungsprogramme für Schützenpanzer, fehlende Tanker bei der Marine, defekte U-Boote, weniger als die Hälfte der Kampfflugzeuge einsatzbereit, keine Munitionsvorräte und mangelnde persönliche Schutzausrüstung, Nachtsichtgeräte und Kleidung, die mehrheitlich durch die Soldaten selbst repariert werden muss, sind laut dem Bericht nur die Spitze des Eisbergs. Der Bund verwaltet sich zu Tode, so unisono der Tenor bei der Mannschaft. Da hilft es auch nicht, wenn die Anzahl der ausfüllbaren Formulare in den letzten fünf Jahren von 2000 auf 1500 gesenkt wurde. Für eine geplante Ortskampfanlage auf dem Truppenübungsplatz Altmark mussten gebaute Hochhäuser geändert werden. Die Landesbauordnung sieht nämlich vor, ab sechs Stockwerken Aufzüge einzubauen. Die Reparatur des Schulungsschiffs Gorch Fock war mit 10 Millionen Euro veranschlagt, Ende Januar beliefen sich die Rechnungen bereits auf 135 Millionen. Nicht erstaunlich, dass Bartels resignierend erklärt: «Unsere Bundeswehr, wie ich sie im Moment erlebe, leidet an Unterbesetzung und gleichzeitig an Überorganisation.»

Russland

Mit Gottvertrauen

Im Jahr 2020 wird Russland zum 75. Mal den Sieg über Nazi-Deutschland feiern. Dafür wird eigens eine Militärkathedrale 50 Kilometer südwestlich von Moskau gebaut. Verteidigungsminister Sergej Shoigu lobte das Vorhaben und erklärte zu Jahresbeginn: «Wir möchten, dass jeder Quadratmeter der Kathedrale symbolisch ist. Zu diesem Zweck werden wir die Stufen des Doms aus geschmolzenen deutschen Kriegstrophäen giessen.» Dazu gehören dann MG-42 Maschi-

nengewehre und Walther-, sowie Mauser-Pistolen, allesamt ohne besonderen historischen Wert. Nach Fertigstellung wird das in tarn-grün gehaltene Gebäude von sechs vergoldeten Kuppeln geziert, die 95 Meter emporragen und bis zu 6000 Gläubigen Platz bietet. Es wird dereinst die drittgrösste Orthodoxe Kirche sein. Ausserhalb gibt es Kapellen für die Schutzheiligen aller Dienstzweige. «Der Tempel wird die Spiritualität der russischen Armee symbolisieren, die das Schwert nur zum Schutz ihres Mutterlandes erhebt», erklärt die offizielle Website über das Bauvorhaben, welches am 9. Mai 2020, rechtzeitig zu den Feierlichkeiten, fertiggestellt werden soll. Vladimir Putin meint, der Militärdom sei ein wichtiges Symbol des russischen Nationalstolzes und dient deshalb sowohl dem Staat, als auch der russisch-orthodoxen Kirche. Die Finanzierung wurde über eine Stiftung angestossen, und hatte bis Ende Januar umgerechnet etwa 25 Millionen Schweizerfranken von knapp 40000 Spendern gesammelt. Über die Gesamtkosten herrscht derzeit aber noch Unklarheit. Einer der Stiftungsräte, Vladimir Bogatyryov preist nebst dem symbolischen Effekt auch die Folgeverwendung der Kathedrale. Diese wird mit der Ausbildung von Militärgeistlichen beauftragt und beherbergt dereinst das Institut der Militärkrankenschwestern. Bogatyryov weiter, «ein Symbol der Volksdiplomatie mitten in einem Europa, das sich derzeit im Angesicht angespannter Beziehungen zwischen Russland und dem Westen wiederfindet. Deshalb ist es wichtig, dass sich in Zeiten, in denen militärische und politische Provokationen zur Norm werden und der Informationskrieg die allgemeinen Verhaltensregeln für die Politiker und deren Länder angibt, alle auf die bekannten spirituellen Werte rückbesinnen können.»

Die politischen, militärischen und geistlichen Spitzen vor dem Modell. Bild: Russisches Verteidigungsministerium

Afghanistan

Afghanistan – Quo vadis?

2018 geht als eines der tödlichsten Jahre in Afghanistan in die Geschichtsbücher ein. Berichten zufolge gab es im Land über 43000 terror- und konfliktbedingte Todesopfer. Bedingt durch die allgegenwärtige Propaganda, dürfte diese Zahl eher zu tief sein. Weder die Regierung noch die Taliban und schon gar nicht die westlichen Allianzen haben ein Interesse an noch höheren Opferstatistiken. Einer der Gründe für die vielen Toten, die Taliban haben mit mehreren Offensiven teils massiv an Einfluss zurückgewonnen. Dies 17 Jahre nach dem Beginn des aktuellen Konflikts. Die Rückeroberungen schlagen sich in den derzeitigen Friedensgesprächen nieder, in welchen die Taliban deshalb eine relativ starke Position haben. Vernachlässigbar ist hingegen der lokale Ableger des Islamischen Staats. Mehrere koordinierte Angriffe gegen den IS konnten diesen in seine Hochburg ins östlich von Kabul gelegene Grenzgebiet zu Pakistan zurückdrängen. Immerhin, fast die Hälfte aller registrierten Wähler nahmen an den mit über zwei Jahren Verspätung letztendlich im Oktober 2018 durchgeführten Wahlen teil. Das Volk sehnt sich nach Frieden und Stabilität. Fraglich ist, wie sich der geplante Rückzug der Amerikaner auf diesen Wunsch auswirken wird. Bei den Ende Januar unter Abwesenheit der afghanischen Regierung in Katar geführten Gespräche zwischen Talibanvertretern und dem US-amerikanischen Sonderbeauftragten für Afghanistan, Zalmay Khalizad, ging es hauptsächlich um einen von Donald Trump angeordneten beschleunigten US-Abzug. Der US-Präsident war es denn auch, der nunmehr ausschliesslich mit den Taliban verhandeln lässt. Das Verhandlungsziel wurde gemäss Khalilzad mehr oder weniger erreicht, «die Taliban werden das Notwendige tun, um zu verhindern, dass Afghanistan jemals wieder zu einer Plattform für terroristische Gruppen oder Einzelpersonen wird». Dass dies nicht wirklich als Erfolg gewertet werden kann, ist für internationale Beobachter klar und die afghanische Regierung reagierte mit Bestürzung. Der ehemalige US-Botschafter in Afghanistan, Ryan Crocker spricht deshalb Klartext: «Das ganze hatten wir schon einmal gesehen, bei den Pariser Friedensgesprächen mit Vietnam». Denn, so Crocker, wenn sich die USA nun innerhalb der beabsichtigten 18 Monate zurückziehen, werden die Taliban das Land nach beinahe zwei Jahrzehnten schnell und einfach wieder zurückerobern. Dies wäre dann de facto die amerikanische Kapitulation.

China

Stärkere Position im Indischen Ozean

Immer deutlicher zeichnen sich die Konturen des chinesischen Vordringens in den Indischen Ozean ab. Das amerikanische Verteidigungsministerium warnt nun mit offenen Worten davor. Unter anderem arbeite Peking daran, die zivil erscheinenden Hafenprojekte in Küstenstaaten, die auch im Rahmen der Neuen Seidenstrasse entstehen, in Basen für seine Marine umzuwandeln.

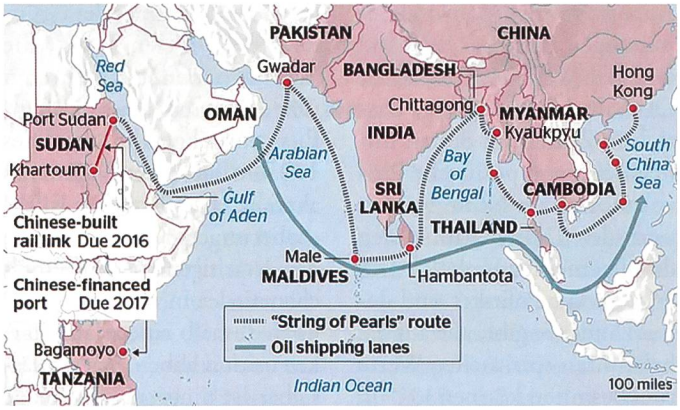
Peking arbeite daran, die Region zu seinem eigenen Vorteil «neu zu ordnen». Dies führe zu «wachsenden Forderungen an die Volksbefreiungsarmee, in entfernten maritimen Regionen zu operieren, um chinesische Staatsangehörige, Investitionen und kritische Seerouten zu schützen», warnen die Amerikaner. «China baut seinen Zugang zu fremden Häfen wie etwa Gwadar in Pakistan aus, um den logistischen Rahmen zu schaffen, der notwendig ist, um die wachsende Präsenz der Volksbefreiungsarmee im Ausland zu unterstützen, einschliesslich von Entsendungen in den Indischen Ozean und darüber hinaus», erklärt das Pentagon.

Für Schlagzeilen sorgte Ende November die Ankün-

digung der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, die Volksrepublik baue an einem dritten, mit moderner Technologie ausgestatteten Flugzeugträger. Schon vor sechs Jahren, als der erste chinesische Flugzeugträger «Liaoning» in Dienst gestellt wurde, sorgte das in westlichen Medien für besorgte Aufmerksamkeit. Allerdings ist das Schiff bereits jahrzehntealt. Es wurde ursprünglich für die Sowjetische Marine gebaut und 1998 von der Ukraine an China verkauft. Ein zweiter Flugzeugträger mit dem Typennamen 001A lief im April 2018 von Stapel und wird derzeit auf See getestet. Dieses neue Schiff aus chinesischer Produktion ist grösstenteils ein Nachbau der «Liaoning» und wurde nur in wenigen Details weiterentwickelt.

Der dritte chinesische Flugzeugträger mit der Typenbezeichnung 002 befindet sich derzeit noch im Bau. Das Schiff mit über 70 000 Tonnen Wasserverdrängung, über 300 Meter Länge und 75 Meter Breite wurde von A bis Z von chinesischen Ingenieuren entwickelt. Ob der neue Typ atomar angetrieben sein wird wie die amerikanischen Flugzeugträger oder mit Dampfturbinen wie «Liaoning» und 001A ist nicht bekannt.

Der neue Flugzeugträger soll jedoch wie die Schiffe der USA ein elektromagnetisches Katapult-System zum Starten der Jets haben. Das erhöht laut Experten die Schlagkraft erheblich. Auf der «Liaoning» wird noch mit Sky-jumps oder Schanzen gestartet. Das erlaubt allerdings nur ein Abfluggewicht von rund 30 Tonnen. Mit dem Katapult sind 50 Tonnen möglich. Das bedeutet: Die Flugzeuge können mehr Treibstoff tanken und haben somit eine grössere Reichweite, zudem können die Kampfjets mit grösserer Bombenlast starten. Das Schiff wird wohl nicht nur Flugzeuge an Bord haben. Chinesische Experten gehen davon aus, dass auch Drohnen mit faltbaren Flügeln eingesetzt werden. Eine solche Drohne mit der Typenbezeichnung HK-5000G wurde an der «Airshow China 2018» in Zhuhai ausgestellt.



Chinesische «Perlenkette – String of Pearls» im Indischen Ozean. Bild: Quora

Der neueste chinesische Flugzeugträger soll in zwei bis drei Jahren in Dienst gestellt werden. Doch bereits ist schon ein vierter Flugzeugträger in Planung. In einem Kommentar der «Global Times» – einem Ableger des Parteiblattes «Renimin Ribao» (Volkszeitung) – heisst es, China habe bezüglich Flugzeugträger «ambitionierte Pläne». Konteradmiral Yin Zhuo ist der Meinung, dass China im Westpazifik und im Indischen Ozean Flugzeugträgerverbände brauche. Dafür, so der Konteradmiral, seien insgesamt «fünf bis sechs» Flugzeugträger nötig. Militärexperte Xu Guangyu geht noch einen Schritt weiter: «Es ist zu hoffen, dass China auf jedem Kontinent Stützpunkte haben wird.» Entlang dem Indischen Ozean von Myanmar über Sri Lanka und Pakistan bis hin zu Mogadischu ist das bereits nahe an der Wirklichkeit.

USA

Truppenabzug aus Syrien

Im Dezember 2018 kündigte US-Präsident Trump den Truppenabzug aus Syrien an. Nun hat das Militär mit dem Abzug aus dem Land begonnen. Die US-geführte Koalition in Syrien hat den Beginn des Truppenabzugs aus dem Land offiziell bekannt gegeben.

Zuvor hatte bereits ein Vertreter aus dem US-Verteidigungsbereich berichtet, dass die USA mit dem Abzug von militärischem Material aus dem Bürgerkriegsland begonnen hätten. Weitere Details sind noch nicht bekannt. Der Nachrichtensender CNN hatte berichtet, die Verlegung des Materials bedeute den Beginn des US-Abzugs aus Syrien.

Trump hatte kurz vor Weihnachten mit der Ankündigung überrascht, umgehend alle US-Soldaten aus dem Bürgerkriegsland abzuziehen, da der Kampf gegen den IS gewonnen sei. Aus Protest gegen die Ankündigung war Verteidigungsminister Jim Mattis zurückgetreten.

Seither hat der US-Präsident seine Ankündigung stark eingeschränkt. So schrieb er auf Twitter, der Abzug solle «vorsichtig» und in «angemessenem Tempo» vollzogen werden. Der Zeitplan ist unklar. Laut CNN will das Verteidigungsministerium mit der Verlegung von Material dem Präsidenten signalisieren, dass es dessen Vorgaben verfolgt.

Venezuela

Ein Überblick tut Not

Nach langandauernden Spannungen ist das Kräftemessen zwischen dem sozialistischen Machthaber Nicolás Maduro und dem bürgerlichen Parlament offen ausgebrochen. Der Parlamentspräsident, Juan Guaido, wurde als Interimspräsident Venezuelas eingesetzt. Maduro bleibt indessen an der Macht – solange er sich der Loyalität des Militärs sicher sein kann.

Trotz der Gewalt auf den Strassen und den Demonstrationen, scheuen alle Seiten eine direkte Konfrontation. Maduro verhängte zwar ein Ultimatum für die Ausreise von US-Diplomaten, verlängerte die Frist aber auf 30 Tage. Er machte Militärübungen mit, setzte das Militär aber vorerst nicht gegen das Parlament ein. Guaido amtet seinerseits als Präsident, hat aber bisher weder Dekrete noch direkte Befehle an die Armee gegeben – mit Ausnahme der Deklaration, die Armee dürfe nicht auf das eigene Volk schiessen.

Ein ähnliches Muster bildet sich international ab. Die meisten südamerikanischen Länder stellten sich auf die Seite Guiados. Sie betonten alle gleichzeitig, keine Aktionen in Venezuela durchzuführen, des es handelt sich um eine innenpolitischen Angelegenheit Caracas. Die USA, welche das Parlament unterstützt, drohte mit Sanktionen gegen Ölkonzerne aus Venezuela. Verhängt wurden sie je-

doch nur gegen die staatliche Ölfirma PDVSA. Und selbst das mit Vorbehalten: Öl aus Venezuela darf in Zukunft zwar weiter eingekauft werden, die Zahlungen müssten jedoch auf Sperrkonten erfolgen. Die in den USA tätige PDVSA-Tochterfirma Citgo darf allerdings ihre Geschäfte fortsetzen.

Brenzliger ist die Lage auf den Strassen und in der Armee. Auch wenn sich die Politik zurückhält, geht die Bevölkerung auf die Strasse. Demonstrationen und Festnahmen gehören zur Tagesordnung. Bis Ende Januar sprachen verlässliche Quellen von etwa 800 Festnahmen durch die Maduro-treue Polizei. Pikant dabei: Erstmals war es auch in den bis dahin regimetreuen Armenvierteln zu Demonstrationen und Unruhen gekommen.

Maduro führt demonstrativ das Militär an. Bild: Palacio Miraflores

Maduros wichtigste interne Stützen sind die von ihm kontrollierten Institutionen und das Militär. Die über 2000 Generäle kontrollieren lukrative Wirtschaftszweige wie das Erdöl, die Verteilung von Lebensmitteln, die Importe und den Zoll. Trotzdem: Der Militärattaché in Washington, José Luis Silva, schlug sich auf die Seite Guaidós. Insidern zufolge aber brodelt es, besonders in den mittleren Rängen. Die Truppe ist durch Hyperinflation, Versorgungsengpässe und Auswanderung dezimiert. Venezuela verfügt zwar über ein beträchtliches, vor allem russisches Arsenal an Waffen und Kampfjets; unklar ist jedoch, wieviel davon einsatzbereit ist.

Die Wirtschaft des Landes liegt darnieder. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte in den vergangenen fünf Jahren um 50 Prozent, die Inflation stieg auf 1,3 Millionen Prozent. Nahrungsmittel und Medikamente sind nur noch auf dem Schwarzmarkt oder für Regimeanhänger über Bezugsscheine zu erhalten. Der monatliche Mindestlohn reicht derzeit für zwei Kilogramm Fleisch. Die Armut kletterte auf 87 Prozent.

Die EU fordert Neuwahlen. Die Situation bleibt instabil.

USA / China

Huawei als geopolitischer Spielball

Ausgerechnet als Chinas Vizepremier Liu He samt hochkarätiger Delegation zu Verhandlungen über den Handelsstreit in Amerika landete, veröffentlichte die US-Justiz ihre Anklage gegen die chinesische Firma Huawei. Der Vorwurf: Spionage und Verstoss gegen die Iran-Sanktionen.

US-Handelsminister Wilbur Ross, der mit seinem Counterpart aus Peking am Verhandlungstisch sass, betonte, die Vorwürfe seien «völlig getrennt» von den Handelsgesprächen. Insider sagen, das könnte Liu He nur ein müdes Lächeln kosten. Der Politveteran und enge Vertraute Xi Jinpings wurde von diesem im Vorjahr mit umfangreichen Kompetenzen über Chinas Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgestattet und erhielt den spezifischen Auftrag, den USA die Stirn zu bieten.

Der konkrete Vorwurf der Spionage gegen Huawei passt nahtlos zu der zentralen Klage der US-Wirtschaft gegen Konkurrenz aus China: Wenn staatsnahe Grosskonzerne nach westlicher Technologie haschen, würde Peking die Augen vor Regelbrüchen verschliessen. Angriffslustig drehte China den Spiess um: Es sei weder fair noch moralisch, ohne jegliche Beweise mit Staatsmacht bestimmte Firmen «zu diskreditieren und zu attackieren», sagte ein Regierungssprecher Pekings.

Mit der gespiegelten Empörung über staatliche Einmischung signalisiert Peking, dass man sich auf der Suche nach einem Kompromiss im Handelsstreit nicht den schwarzen Peter wegen Spionage zuschieben lasse. Mit der Anklage gegen Huawei sind die Chancen auf einen raschen Deal im Handelsstreit hinuntergerasselt.

Indien

Erfolgreicher Test von Langstreckenraketen

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums hat Indien erfolgreich eine israelische Langstrecken-Boden-Luftrakete (LRSAM) vom Typ «Barak 8» getestet. Das Geschoss wurde vom Kriegsschiff «INS Chennai» gegen ein in geringer Höhe einfliegendes Zielobjekt abgeschossen. Gemäss der Meldung konnten «alle Missionsziele» erreicht werden. Die «Barak 8» zerstörte das einfliegende Objekt mit einem Direkttreffer. Der Test fand nach einem Bericht der «Jerusalem Post» vor der Küste von Odisha in Ost-Indien statt.

Bei der «Barak 8» handelt es sich um eine fortgeschrittene Version eines LRSAM-Marine Luftverteidigungssystems, das gemeinsam von der indischen Verteidigungs-Forschungs- und Entwicklungsorganisation in enger Zusammenarbeit mit ELTA, einer Tochtergesellschaft der israelischen IAI (Israel Aircraft Industries) wie auch der Rafael Advanced Defense Systems entwickelt worden ist. Mit seiner hochmodernen Technologie ist das System darauf ausgerichtet, Schiffe gegen eine Vielzahl von Kurz- bis Langstreckengefahren aus der Luft wie aus niedriger und hoher Höhen einfliegende Raketen, Flugzeuge und Drohnen zu schützen. Die IAI arbeiten schon seit 25 Jahren mit der indischen Verteidigungsindustrie und Militäreinheiten wie Küstenwache, Marine, Luftwaffe und Armee zusammen.

Pascal Kohler, Henrique Schneider